



Freiheit **Hetze** Demokratie
Vielfalt **Ausgrenzung**
Vorurteile **Meinungsfreiheit**
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus **Mensch** **enwürde**

Verfassungsschutzbericht kompakt über das Jahr 2018

Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw/themen/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@im1.nrw.de

Stand: Februar 2020
Druck: Clasen GmbH, Düsseldorf
Fotos: picture alliance/ dpa, Polizei NRW,
Verfassungsschutz Nordrhein-
Westfalen, Ströer



Liebe Leserinnen und Leser,

Freiheit und Demokratie sind keine Geschenke, die vom Himmel gefallen sind. Es sind hart erkämpfte Errungenschaften, die verteidigt werden müssen und in ständiger Gefahr sind, untergraben zu werden. Gerade in diesen Zeiten, in denen Rechtsextremisten offensiv Position und Haltungen propagieren, von denen man lange hoffte, sie seien überwunden, kommt es auf die Arbeit des Verfassungsschutzes an.

Wenn vom „Austausch“ der Gesellschaft die Rede ist, wenn aus geschürter Angst vor dem Islam Gewalt gegen Muslime wird, wenn Aufrufe zur Selbstjustiz und zum „kurzen Prozess“ mehr Zuspruch bekommen als der Hinweis auf Rechtsstaatlichkeit und faire Verfahren, dann sickert langsam aber sicher der Hass wie ein Gift in unsere pluralistische Gesellschaft. Furchtbare Terroranschläge wie der im neuseeländischen Christchurch am

15. März 2019 und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigen sehr deutlich, wie dieses Gift wirkt. Eine sehr reale Bedrohung auch für die Sicherheit unseres Landes.

Hass ist ansteckend. Es braucht ein gesundes Immunsystem, um sich gegen diese spezielle Krankheit zu schützen, zumal sie sich über die sozialen Medien heute in Echtzeit viral über den Globus verbreitet; tausendmal geliked, tausendmal geteilt, tausendmal verstärkt.

Es braucht Aufklärung, Analysen und Informationen über die Gefahren dieser Krankheit, um ein Heilmittel zu finden. Genau das ist die Aufgabe des Verfassungsschutzes und des hier nun vorliegenden Jahresberichts, in dem der Rechtsextremismus und seine Auswüchse einen Schwerpunkt bilden. Vielleicht die ernsteste Bedrohung für unsere Gesellschaft im Moment, aber bei wei-

tem nicht die einzige. Denn nach der militärischen Niederlage des sogenannten Islamischen Staates geht auch von Salafisten in Nordrhein-Westfalen weiterhin eine große Gefahr aus.

Anschläge durch Einzeltäter und Kleingruppen sind eine allgegenwärtige Bedrohung, Brandstifter stellen die Werte unseres Grundgesetzes in Frage stellen und versuchen, gläubige wie orientierungslose Menschen im Sinne eines politischen Islams zu manipulieren. Auch hier brauchen wir einen wachsamsten Staat, Informationen und Analysen, um Netzwerke zu zerschlagen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Die linksextremistische, autonome Szene sucht derzeit in der Klimadiskussion die Solidarität bürgerlich-demokratischer Protestler, um Straftaten zu legitimieren. Dabei erweckt sie den Eindruck, als seien Aktionen gegen Polizisten und politische Gegner durch das Demonstrationsrecht ge-

schützt, als müsse der, der mehr Klimaschutz fordert, die Exzesse und Gewalttaten im Hambacher Forst unterstützen, weil er sonst gegen die gemeinsame Sache sei. So werden Feindbilder erzeugt, so wird Gesellschaft gespalten und es entsteht ein Nährboden für Extremismus.

Einig sind sich Rechtsextremisten und Islamisten im Judenhass und der Ablehnung Israels, die auch unter Linksextremisten weit verbreitet ist. Antisemitismus nimmt nicht nur deshalb einen gesonderten Abschnitt dieses Jahresberichts ein. Dass Menschen jüdischen Glaubens sich nicht mehr trauen, im Alltag offen ihre Religion zu zeigen, ist unerträglich und ruft alle demokratischen Kräfte in Nordrhein-Westfalen auf, sich dem entgegen zu stellen.

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen tut dies auch mit dem konsequenten Aus-

bau von Präventions- und Aussteigerprogrammen und wirkt so allen Formen des politischen Extremismus entgegen. Mit dem Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ für Rechtsextremismus und dem Programm „API“ für Islamismus sowie dem 2018 gestarteten Aussteigerprogramm „left“ für Linksextremismus und auslandsbezogenen Linksextremismus sollen Menschen einen Weg zurück in die demokratische Gesellschaft finden. In Nordrhein-Westfalen wird niemand aufgegeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes schützen mit ihrer Arbeit unsere Demokratie und sorgen direkt für Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Dafür danke ich ihnen von ganzem Herzen.



Herbert Reul
Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Diese Broschüre bietet eine Zusammenfassung des Verfassungsschutzberichtes 2018

Unter www.im.nrw/themen/verfassungsschutz finden Sie den kompletten Bericht und aktuelle Veröffentlichungen zu allen Themen des Verfassungsschutzes.



Kompakt

Politisch motivierte Gewalt

Es gab in 2018 zwar insgesamt weniger Politisch Motivierte Kriminalität, jedoch nahm die Zahl der Gewaltdelikte deutlich zu. Im Zehn-Jahres-Vergleich befindet sich die Anzahl der Delikte in beiden Bereichen auf einem hohen Niveau. Die Anzahl sowohl der antisemitischen Straftaten insgesamt, als auch der antisemitischen Gewaltdelikte ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.



27. Januar

Demonstration „Überall ist Afrin - Überall ist Widerstand“ von »NAV-DEM« in Köln mit rund 15.000 Teilnehmern



14. April

Demonstration in Dortmund von **Die Rechte** „Europa erwache!“ mit rund 600 Teilnehmern

2018 ►►

— 01 —

02 —

03 —

04 —

05 —

06 —

07 —

08 —

09 —

10 —

11 —

12 —►

Rechtsextremismus

Die Entwicklung des Rechtsextremismus im Berichtszeitraum ist durch zwei Elemente gekennzeichnet: Radikalisierung und Entgrenzung.

Die Radikalisierung zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen.

Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Es besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten.



10. Mai

Demonstration in Bielefeld von **Die Rechte** „Freiheit für Ursula Haverbeck“ mit rund 450 Teilnehmern

12. Juni

Festnahme eines mutmaßlichen Jihadisten in Köln aufgrund einer Anschlagsvorbereitung mit dem biologischen Kampfstoff Rizin

2018 ►►

— 01 —

02 —

03 —

04 —

05 —

06 —

07 —

08 —

09 —

10 —

11 —

12 —►

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und somit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte den Rechtsextremismus entgrenzen.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen die Behörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu behindern. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren.



23. Juni

pro-kurdisches
ZILAN-Frauenfestival
mit rund 3.000
Teilnehmenden in
Dortmund



07. Juli

Beteiligung von linksextremistischen Autonomen und der **MLPD** an der Demonstration „NoPoIG“ in Düsseldorf

2018 ►►

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12



Linksextremismus

Prägend für die Entwicklung des Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome linksextremistische Szene. Diese agiert in NRW wie auch bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich. Die dort agierende gewaltorientierte linksextremistische Szene verfügt gleichwohl nach wie vor über ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit an das demokratische ökologische Protestspektrum. Zunehmend wird jedoch deutlich, dass Ziel der Besetzer weniger der Umweltschutz als vielmehr die Schaffung autonomer Gebiete und die gewaltsame Überwindung des kapitalistischen Systems ist. Ebenfalls festzustellen ist eine wachsende internationale Vernetzung der Szene.



08. September

»NAVDEM«- Kundgebung
„Schluss mit dem Verbot kurdischer Kultur“ mit rund 3.500 Teilnehmern in Düsseldorf



September/Oktober

Räumung im Hambacher Forst und Versammlungen/ Camp „Ende Gelände“ mit bis zu 30.000 Teilnehmern

2018 ►►

— 01 —

02 —

03 —

04 —

05 —

06 —

07 —

08 —

09 —

10 —

11 —

12 —



Auslandsbezogener Extremismus

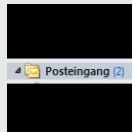
Nach wie vor spielen die Auseinandersetzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten sowie die Haftbedingungen und der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans eine wesentliche Rolle für das Ak-tionsverhalten **PKK**-naher Organisationen.

Generell gelingt es, nationalistischen und rechtsextremistischen türkischen Organisationen wie auch linksextremistischen und **PKK**-nahen Organisationen sowohl mediale Aufmerksamkeit als auch eine Mobilisierung ihrer Zielgruppen zu erreichen. Rechte und linke türkische Gruppierungen polarisieren dabei und scheuen beim Aufeinandertreffen auch körperliche Auseinandersetzungen nicht. Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Kon-frontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen abhängig davon, wie konfrontativ die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden. Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.



10. November

Gegenveranstaltungen zu der Versammlung der Partei **Die Rechte** „Ursula Haverbeck: Mit 90 Jahren in Gesinnungshaft“ mit rund 9.000 Teilnehmern, hierunter zahlreiche linksextremistische Autonome



2. Jahreshälfte 2018

Drohmails an Personen und Institutionen, unter anderem unter dem Absender „NSU 2.0“

2018 ▶▶

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12



Islamismus

Vom jihadistischen Salafismus geht nach wie vor eine ernst zu nehmende terroristische Gefahr aus. Auch nach der militärischen Niederlage des sogenannten „**Islamischen Staates**“ besteht die Gefahr terroristischer Anschläge in Deutschland fort. Insbesondere jihadistisch motivierte oder instruierte Einzeltäter ohne feste Organisationsbindung stellen ein hohes Risikopotenzial dar. Auch von den Rückkehrern aus den jihadistischen Kampfgebieten unter denen zurzeit überwiegend Frauen und deren Kinder sind, gehen Gefahren aus, weil sie kampferprobt und waffenerfahren sein können, oder- und das gilt auch für Frauen- die Szene weiter ideologisieren und radikalisieren.

Im Bereich des politischen Salafismus zeichnen sich Veränderungen ab: Vereinsverbote und strafrechtliche Maßnahmen haben die öffentliche Straßenmissionierung zum Erliegen gebracht und die Wachstumsdynamik der salafistischen Szene hat sich abgeschwächt. Die Ausbildung neuer Aktionsformen und Organisationsstrukturen ist zu erwarten. Im Berichtsjahr 2018 sind Hilfsorganisationen aus dem extremistisch-salafistischen Spektrum, die sogenannte Gefangenenhilfe und



11. Dezember

Anschlag im Umfeld des Weihnachtsmarktes in Strassburg mit einer Schusswaffe und einem Messer.

2018 ▶

— 01 — 02 — 03 — 04 — 05 — 06 — 07 — 08 — 09 — 10 — 11 — 12 —



virtuelle Netzwerke aktiv und binden die Szene. Traditioneller Islamismus drängt zunehmend in die Zivilgesellschaft. Islamistische Organisationen und Netzwerke – insbesondere aus dem Spektrum der **Muslimbruderschaft** – versuchen sich als vermeintlich unproblematische Alternative zum extremistischen Salafismus in der deutschen Öffentlichkeit zu platzieren, um somit gesellschaftliche Akzeptanz zu erwerben.

Dezember 2018

Tod vieler deutscher Jihadisten in Syrien unter anderem vermutlich Mohamed Mahmoud, dem Gründer des **Millatu Ibrahim** Netzwerkes in Solingen. Bereits im Januar 2018 soll sein Mitsstreiter Denis Cuspert gestorben sein. Neben ihnen haben viele weitere deutsche Jihadisten der ersten Generation mittlerweile den Tod in Syrien gefunden.

2018 ▶▶

— 01 —

02 —

03 —

04 —

05 —

06 —

07 —

08 —

09 —

10 —

11 —

12 —▶

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Das Internet hat sich zum fest etablierten Operationsraum für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Das Netz bietet dabei vielfältige Möglichkeiten: Von klassischer Spionage über die Einflussnahme auf politische Systeme bis zur Vorbereitung und Durchführung von Sabotage-Aktionen.

Ein neues „Lagebild Wirtschaftsschutz in Nordrhein-Westfalen“ der Sicherheitspartnerschaft NRW soll zukünftig kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzen, ihr eigenes Schutzniveau besser einzuschätzen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Es soll zudem dabei helfen, den Wirtschaftsschutz des Verfassungsschutzes gezielter auszurichten.



Silvesternacht 2018/2019

Anschlag mit einem
Auto in Bottrop und
Essen auf Migranten

2018 ►►

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12



Prävention

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat seine Präventionsmaßnahmen nochmals erweitert und die Vernetzung mit Akteuren in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft weiter erhöht. Durch das Wegweiser-Programm, das bereits von Beginn an mit einem breiten kommunalen Netzwerk zusammenarbeitet, wurden bis Ende 2018 in 18 landesweit verteilten Standorten über 800 junge Menschen individuell betreut.

Das Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ (Rechtsextremismus) und das „Aussteigerprogramm Islamismus (API)“ werden weiter sehr stark nachgefragt. Im September 2018 startete das Aussteigerprogramm „left“ für Szeneangehörige des Links- und Auslandsbezogenen Extremismus es verzeichnet seit Beginn ein wachsendes Fallaufkommen. Damit bietet der Verfassungsschutz NRW erstmals für alle Phänomenbereiche professionelle Hilfen zum Ausstieg an.

In der unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ zur Bekämpfung des gewaltbereite, verfassungsfeindlichen Salafismus wurde unter Einbeziehung der Wissenschaft sowie von Expertinnen und Experten aus Zivilgesellschaft und Praxis ein fortwährendes Netzwerk geschaffen, das ressortübergreifend und nachhaltig Programme und Projekte zur Salafismusprävention umsetzt.

Die sechste Trainerinnen- und Trainerausbildung im „VIR-Projekt“ fand in Hattingen statt. „VIR“ ist ein Trainingskonzept, um Impulse zur Distanzierung vom Rechtsextremismus zu geben. Neu ausgebildet wurden im Jahr 2018 Fachkräfte, die zum Beispiel in Ausstiegshilfen für Rechtsextremismus, der mobilen Jugendarbeit, in Polizei und Strafvollzug tätig sind.

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Verfassungsschutzbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium des Innern.

Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr. Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren. Dabei übernimmt das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene.

Aufgrund der Gefährdungslage hat die Landesregierung den Verfassungsschutz in 2018 weiter verstärkt. Dies schlug sich im Wesentlichen in

der Aufstockung der Sach- und Investitionsmittel von rund 10,21 auf rund 14,88 Millionen Euro nieder. Zusätzlich erhielt der Verfassungsschutz in 2018 acht weitere Stellen für Personal, so dass er nunmehr über insgesamt 515 Stellen verfügt.



Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2018. Zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu extremistischen Bestrebungen oder Organisationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten.

Dazu gehören Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Dabei verfolgt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln eine Dreifachstrategie aus Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln, Prävention und Ausstiegshilfe. Es ist seine Aufgabe, frühzeitig extremistische Entwicklungen zu erkennen und Politik und Gesellschaft zu informieren und zu sensibilisieren. Da eine effektive Bekämpfung von Extremismus neben der Arbeit von Sicherheitsbehörden auf gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen basiert, geht der Verfassungsschutz in die Gesellschaft hinein, klärt auf und bietet allen beteiligten Akteuren eine Zusammenarbeit an.

Kennzeichnung

Die Namen von Organisationen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von verfassungsfeindlichen Bestrebungen vorliegen, sind in Fettdruck gekennzeichnet. Organisationen, bei denen lediglich Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

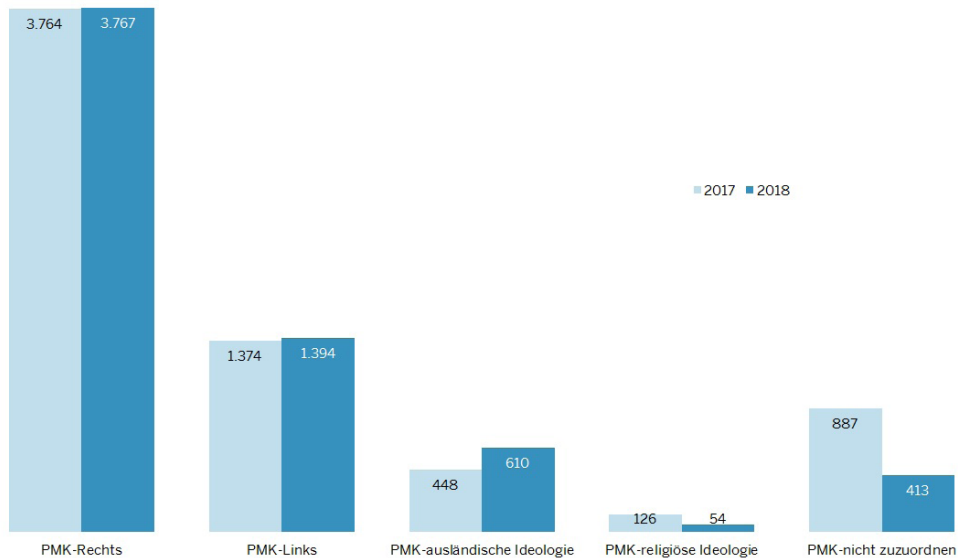
Beispiel »Partei XY«

Extremismus in Zahlen

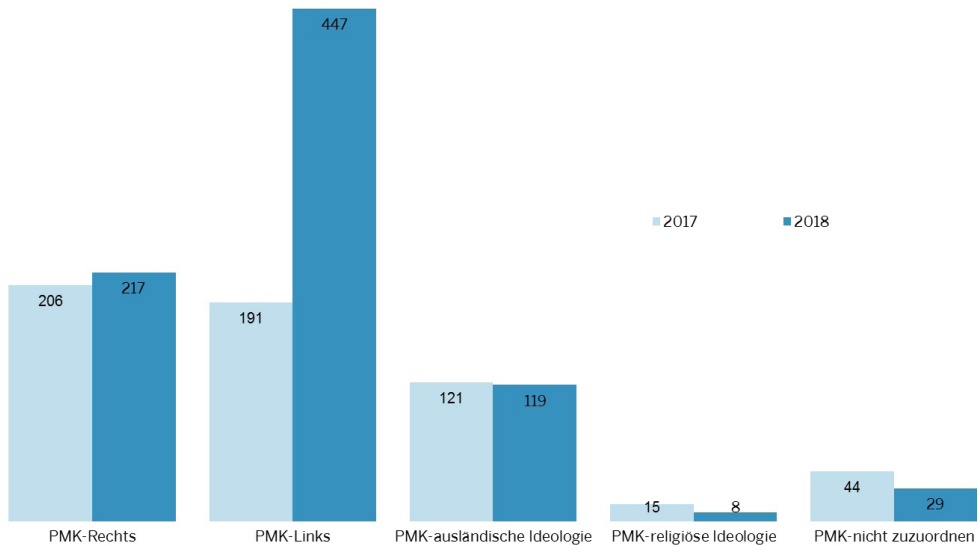
Themenfelder der Entgrenzung im Extremismus



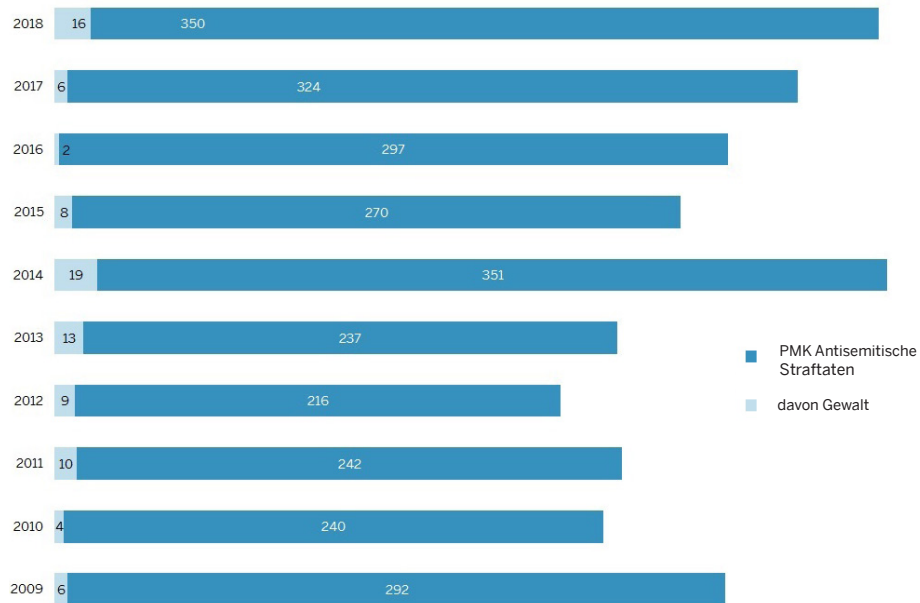
Politisch motivierte Kriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



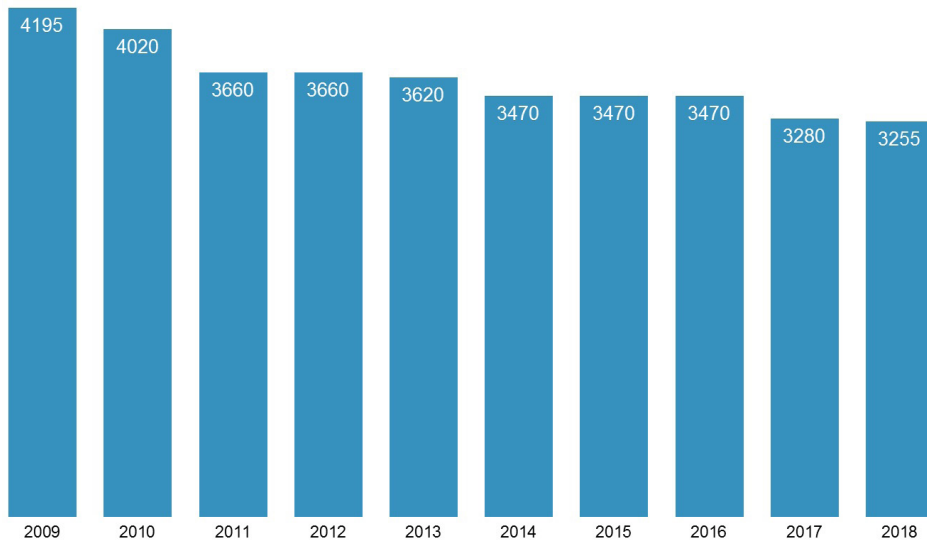
Gewaltkriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



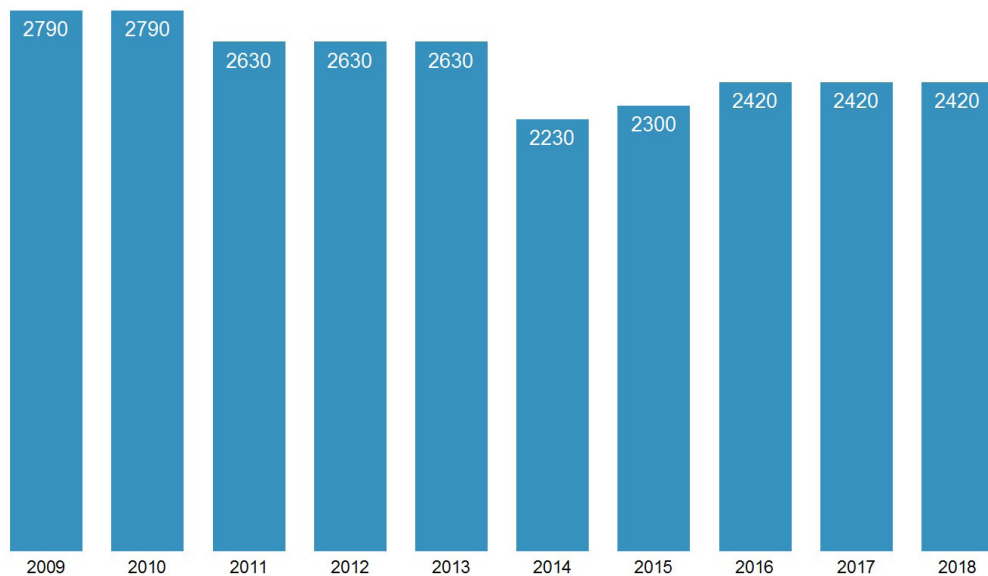
Antisemitische Straf- und Gewalttaten im Zehnjahresvergleich



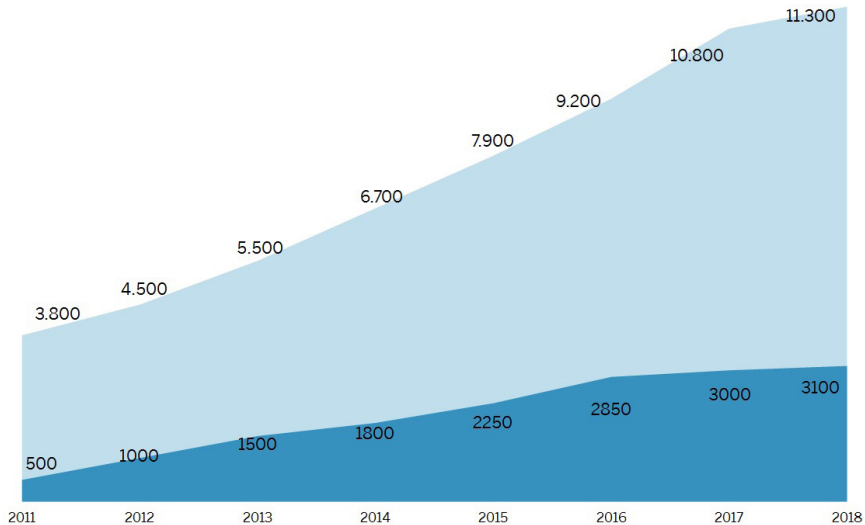
Personenpotenzial im Rechtsextremismus



Personenpotential im Linksextremismus



Zahl der extremistischen Salafisten



Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes NRW

Primär	Sekundär	Tertitär
Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit: ▪ Vorträge ▪ multimediale Produkte z.B. Virtual Reality ▪ Teilnahme an Messen ▪ Angebote für Schulen ▪ ressortübergreifende Handlungskonzepte ▪ Aussteigergespräche Projekt „Prisma“ ▪ Projekt „Kommunen gegen Extremismus“	Präventionsprogramme:  ▪ setzen vor dem Szene-Einstieg an ▪ Beratung findet im Vertrauensraum statt ▪ individuelle Hilfe vor Ort (NGO und kommunale Träger)  ▪ Trainerausbildung	Aussteigerprogramme:    ▪ unterstützen beim Ausstieg ▪ bieten ideologische Aufarbeitung ▪ Lebensstabilisierung

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2018 insgesamt 6.238 politisch motivierte Straftaten bekannt (2017: 6.599). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 361 Delikte beziehungsweise 5,5 % zu verzeichnen. Betrachtet nach Deliktsgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen.

So wurden beispielsweise mit 309 Widerstandshandlungen 243 Straftaten mehr gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 746 Sachbeschädigungen starke Rückgänge zu verzeichnen (2017: 1.406).

Die Aufklärungsquote im Bereich der PMK für das Jahr 2018 beträgt 43,1 % (2017: 35,9 %).

Es wurden mit 2.689 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 318 Delikte mehr aufgeklärt (2017: 2.371).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 2017 gestiegen. Es wurden insgesamt 820 Gewaltdelikte bekannt, das bedeutet einen Anstieg um 42,1 % (2017: 577). 423 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2017: 300). Die Aufklärungsquote liegt mit 51,6 % minimal niedriger als im Vorjahr (2017: 52,0 %).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der PMK macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Straftaten der §§ 86 und 86a StGB,

aus. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Anteil der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität auf 2.422 Straftaten beziehungsweise 38,8 % des Gesamtaufkommens (2017: 2.273 Straftaten beziehungsweise 34,4 %).

Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 37,7 % liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte über dem Niveau des Vorjahres (2017: 33,6 %).

Extremistische Straftaten

Von den 6.238 im Jahr 2018 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 5.928 (95 %) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich

beispielweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten. Die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken, ebenso der Anteil am Gesamtaufkommen der PMK (2017: 6.321 Straftaten beziehungsweise 95,8 %).

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Betrachtet man die Entwicklung der PMK differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen.

In den Bereichen PMK-religiöse Ideologie (zum Beispiel Islamismus) und der PMK, die sich nicht zuordnen lässt, sind die Fallzahlen gesunken, im Phänomenbereich PMK-Rechts, PMK-Links und PMK-Ausländische Ideologie ist ein Anstieg festzustellen.

Deliktgruppen	PMK-rechts-	PMK-links-	PMK-ausländische Ideologie-	PMK -religiöse Ideologie	PMK-nicht zuzuordnen-
	2018	2018	2018	2018	2018
Tötungsdelikte	1 (2)	0 (1)	1 (1)	0 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	3 (14)	16 (21)	1 (0)	0 (1)	4 (7)
Landfriedensbruchdelikte	0 (0)	28 (12)	7 (6)	0 (0)	1 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	4 (1)	22 (28)	0 (1)	0 (0)	0 (5)
Körperverletzungsdelikte	190 (172)	119 (85)	81 (106)	7 (11)	14 (21)
Widerstandshandlungen	18 (16)	260 (40)	26 (5)	1 (2)	4 (3)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	1 (1)	2 (4)	3 (2)	0 (1)	6 (8)
Sexualdelikte	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	217 (206)	447 (191)	119 (121)	8 (15)	29 (44)
Bedrohungen, Nötigungen	61 (47)	21 (30)	30 (19)	9 (25)	20 (29)
Sachbeschädigungen	176 (313)	413 (619)	58 (51)	5 (11)	94 (412)
Propagandadelikte	2242 (2062)	13 (29)	7 (13)	4 (4)	156 (165)
Volksverhetzungen	588 (700)	6 (6)	27 (20)	6 (6)	14 (17)
Störungen des öffentlichen Friedens	12 (16)	11 (5)	5 (5)	2 (16)	4 (8)
Beleidigungen	384 (289)	154 (113)	64 (53)	3 (9)	64 (96)
Verstöße gegen das VereinsG	0 (0)	3 (0)	197 (89)	1 (4)	0 (0)
Verstöße gegen das VersG	16 (36)	108 (209)	77 (68)	0 (1)	6 (8)
Sonstige Straftaten	71 (95)	218 (172)	26 (9)	16 (35)	26 (108)
Gesamt	3767 (3764)	1394 (1374)	610 (448)	54 (126)	413 (887)

Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich 2018 und 2017 (in Klammern)

Mitgliederzahlen und- potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.

		
Rechtsextremismus	2017	2018
NPD	500	500
Pro NRW	400	350
Pro Köln e.V	200	150
Pro Deutschland	10	-
Die Rechte	270	280
Der III. Weg	30	30
IBD	60	70
ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes	15	-
In parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen, insbesondere Neonazistische Kameradschaften	850	900
Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial, insbesondere Skinheads	1.350	1.350
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-405	-375
Gesamt	3.280	3.255
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	2.000
Reichsbürger und Selbstverwalter	2.600	3.200

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.



Linksextremismus	2017	2018
Gewaltorientierte Linksextremisten, insbesondere Autonome	970	970
DKP	800	800
MLPD	650	750
Gesamt	2.420	2520



Auslandsbezogener Extremismus	2017	2018
»ADÜTDF«	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
Gesamt	4.400	4.400



Islamismus	2017	2018
Extremistischer Salafismus	3.000	3.100
davon politisch	2.200	2.210
davon gewaltbereit	800	890
HAMAS	75	75
Hizb Allah	105	110
Hizb ut-Tahrir	35	60
Kalifatsstaat	220	220
Muslimbruderschaft	65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	70	70
Türkische Hizbullah	100	100
Furkan-Gemeinschaft	15	80
Gesamt	3.935	4.130

Rechtsextremismus



Demonstration der Partei **Die Rechte** in Dortmund

Im Zuge der gesellschaftlichen Diskussion über die Flüchtlingspolitik seit 2015 werden fremden- und islamfeindliche Argumentationsmuster vermehrt auch außerhalb des organisierten Rechtsextremismus artikuliert. Davon profitiert die organisierte Szene allerdings nur in einem geringen Maße. Sie reagiert mit zwei unterschiedlichen Mustern:

Eine Radikalisierung zeigt sich unter anderem darin, dass Rechtsextremisten die derzeitige politische Situation in Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien diskutieren und zum Teil daraus folgern, sich auf diese Auseinandersetzung vorbereiten zu müssen. In diesem Zusammenhang wird Kampfsport in der Szene als Mittel gesehen, die „Wehrhaftigkeit“ zu erhöhen; damit steigt die Gewaltbereitschaft und -fähigkeit. Gelegentlich wird in der Szene auch propagiert, sich bewaffnen zu müssen. Eine verstärkte Zusam-

menarbeit der Partei **Die Rechte** und der Partei **Der III. Weg** mit teilweise militanten ausländischen rechtsextremistischen Organisationen ist ein weiteres Indiz für eine Radikalisierung. Das permanente Wiederholen von Feindbildern und das rassistische Zuspitzen von gesellschaftlichen Konflikten liefert einigen Rechtsextremisten eine vermeintliche Rechtfertigung für Gewalttaten. Es besteht die Gefahr, dass sich in diesem ideologischen Umfeld rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln könnten.

Ein anderer Teil des Rechtsextremismus, insbesondere die Neue Rechte, versucht die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen, den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und somit anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Man möchte den Rechtsextremismus entgrenzen. In der AfD versucht die Teilorganisation „Der Flügel“

rechtsextremistische Standpunkte zu verbreiten. Ferner verabschiedete die Jugendorganisation „Junge Alternative“ im Sommer 2018 ihren „Deutschlandplan“, der auch völkisch-nationalistische Positionen enthält. In der Öffentlichkeit treten vermehrt sogenannte „Mischszenen“ in Erscheinung. Diese setzen sich aus Angehörigen der Hooligan- und Rockerszene, mutmaßlichen „Wutbürgern“ und offenkundigen Rechtsextremisten zusammen.

Auf der strukturellen Ebene setzt sich der Wandel des organisierten Rechtsextremismus fort. Parteien wie die **NPD** und **Pro NRW** verlieren weiterhin an aktiven Mitgliedern und damit an Bedeutung. Dagegen gründete **Die Rechte** in den letzten beiden Jahren drei neue Kreisverbände im Ruhrgebiet. Und **Der III. Weg** weitete seine Aktivitäten auf Düsseldorf und Nachbarstädte aus. Neben traditionellen Organisations-

formen spielen allerdings immer häufiger virtuelle Gruppen und Kampagnen bei der Vernetzung von Rechtsextremisten eine Rolle. Augenfällig war dies bei der Kampagne gegen den Migrationspakt, die zunächst rechtsextremistische YouTuber initiierten, die sich dann aber auch in der „Realwelt“ niederschlug und außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums aufgegriffen wurde.

Thematisch dominiert weiterhin die Agitation gegen Muslime und Migranten, insbesondere Flüchtlinge. Die neonazistische Szene um die Partei **Die Rechte** führte 2018 eine Solidaritätskampagne für Ursula Haverbeck durch. Die notorische Leugnerin des Holocaust musste im Mai 2018 eine Haftstrafe antreten. Seitdem stilisieren Rechtsextremisten sie zur Märtyrerin. Auch dies ist ein Ausdruck des weiterhin virulenten Antisemitismus im Rechtsextremismus.

Rechtsextremisten versuchen Jugendliche und junge Erwachsene durch das Schaffen einer eigenen Erlebniswelt anzusprechen. Diese zeichnet sich durch einen Mix aus Freizeitaktivitäten, politischer Agitation und unterhaltenden Mitteln aus. Einen herausgehobenen Stellenwert haben darin rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit Festivalcharakter, die in den letzten Jahren überwiegend in Thüringen und Sachsen stattfanden. Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen treten bei diesen Veranstaltungen als Musiker auf, nehmen als Besucher teil und sind gelegentlich auch organisatorisch aktiv. An Bedeutung gewonnen haben außerdem rechtsextremistische Kampfsportveranstaltungen, die die Palette der rechtsextremistischen Erlebniswelt erweitern. Eine zentrale Rolle bei der Durchführung entsprechender Szene-Events spielt vor allem der Dortmunder Kreisverband von der Partei **Die Rechte**.

Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen, versuchen weiterhin die Handlungsfähigkeit des Staates zu beeinträchtigen. Von einigen geht ein erhebliches Gefährdungspotenzial aus. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 3.200 Anhänger identifizieren (Stand Dezember 2018). Einerseits verbreitet die Szene weiterhin ihre kruden Ansichten über das Internet und motiviert zu entsprechenden Aktivitäten, andererseits tragen repressive und präventive Maßnahmen des Staates mittlerweile zur Eindämmung dieses Phänomens bei.

Linksextremismus



Demonstration in Düsseldorf gegen das geplante neue Polizeigesetz in NRW

Prägend für die Entwicklung des Linksextremismus im Berichtszeitraum ist die autonome links-extremistische Szene. Diese agiert in NRW wie auch bundesweit weiterhin eher aktionsorientiert als ideologiefixiert. Gewalt stellt für diese Szene dabei ein immer stärker akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Auch im Jahr 2018 hat sich im Bereich des Hambacher Forstes die Gewaltausübung von Linksextremisten der autonomen Szene weiter verschärft. Neben fortgesetzten Übergriffen gegen das Personal des Unternehmens RWE stiegen die Straftaten gegen Polizeikräfte in Anzahl und Ausmaß erheblich. Dies erfolgte unabhängig von den jährlich stattfindenden Großaktionen der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“ und den regelmäßig für jedermann angebotenen sogenannten Klima- oder

Skillsharing-Camps. Immer wieder kam es zu einzelnen, teilweise lebensgefährlichen Angriffen auf Personen und zu Sabotageakten gegen Einrichtungen von RWE.

Erneut wurden im Jahr 2018 im Rahmen der „Ende Gelände“-Großaktionen Straftaten begangen. Hierzu zählten Hausfriedensbrüche im Tagelager und Kraftwerksblockaden mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen. Derartige Aktionen wurden von den Beteiligten als Aktionsformen des „ziviler Ungehorsams“ propagiert und damit für die jeweiligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vermeintlich gerechtfertigt. Die von der **Interventionistischen Linken (IL)** verfolgten Ziele, bürgerlich-demokratisches Protestpotenzial für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, die Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und sich als Teil einer legitimen Protestbewegung zu in-

szenieren, sind insofern erneut aufgegangen. Als ein Ergebnis der massenhaften Mobilisierung bürgerlicher Klimaschützer im Anschluss an die Baumhausräumungen im Hambacher Forst ist es bei der Großaktion gelungen, viele dieser Akteure zu radikalisieren und zu rechtswidrigen Taten zu verleiten. Ein Beispiel ist die rund 36-stündige Gleisblockade der Hambachbahn durch mehr als 1.500 Personen.

Als Besonderheit hervorzuheben ist daneben, dass eine nach den Baumhausräumungen durchgeführte Großdemonstration (Motto „Hambi bleibt!“) unter Beteiligung mehrheitlich demokratischer Gruppen und Einzelpersonen sowie etlicher Familien am 6. Oktober 2018 überwiegend friedlich verlaufen ist. Dennoch suchten am Rande dieser Veranstaltung mehrere Tausend Protestierende trotz bestehender Betretungsverbote den Wald auf.

Ein weiteres Protestfeld mit hoher Anschlussfähigkeit an das demokratische Spektrum war die Änderung des Polizeigesetzes NRW. Insbesondere über die Proteste gegen die neuen Befugnisnormen der Polizei gelang Linksextremisten über das Bündnis „NoPoIG“ eine Zusammenarbeit und teilweise Steuerung nichtextremistischer, gesellschaftlicher Akteure. Bei entsprechenden Demonstrationen konnten am 7. Juli 2018 mehr als 9.000 Personen und am 8. Dezember 2018 mehr als 2.000 Personen in Düsseldorf mobilisiert werden. Diese Veranstaltungen blieben aufgrund des mehrheitlich akzeptierten und befolgten gewaltfreien Aktionskonsens wie erwartet friedlich.

Auslandsbezogener Extremismus



Anhänger der »Ülkücü-Bewegung«

Im säkularen auslandsbezogenen Extremismus liegt der Schwerpunkt der Beobachtung durch den Verfassungsschutz auf Organisationen mit Türkeibezug.

Es handelt sich dabei unter anderem um die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** sowie um die verbotene linksextremistische **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und um die nationalistisch-türkische »Ülkücü-Bewegung« (sogenannte »Graue Wölfe«).

Politik, Strategien und Aktionen dieser Organisationen in Deutschland werden entscheidend von den aktuellen Entwicklungen in der Türkei bestimmt. Darüber hinaus reagiert die **PKK** aber auch auf die Kampfhandlungen um Afrin in den nordsyrischen Kurdengebieten. Sowohl die **PKK** als auch die **DHKP-C** streben auch durch den

Einsatz von Gewalt und Terror eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse in der Türkei an. Der **PKK** geht es zudem nach wie vor um die Anerkennung autonomer Rechte in den kurdischen Siedlungsgebieten.

Die in Deutschland lebenden Anhänger aller drei Organisationen sind abhängig von den Weisungen der Organisationen im Heimatland Türkei. Vorgaben der Organisationsspitze werden in diesen hierarchisch strukturierten Organisationen stringent umgesetzt. Der Grad der Militanz, der sich im Versammlungsgeschehen oder aber in der direkten Konfrontation mit dem politischen Gegner hierzulande abbildet, ist im Wesentlichen abhängig davon, wie konfrontativ die politischen Auseinandersetzungen in der Türkei geführt werden. Insofern wirkt sich die innenpolitische Lage in der Türkei immer wieder auf die innere Sicherheit in NRW aus.

Islamismus



Jihadistische Internetpropaganda

Im Jahr 2017 vollzogen sich die militärische Niederlage und der territoriale Niedergang des sogenannten „**Islamischen Staates**“ (**IS**), der in der ersten Jahreshälfte 2018 weitgehend seinen Abschluss gefunden hat. Aus einem quasi-staatlichen Gebilde mit eigenen Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen ist wieder eine Untergrundbewegung geworden.

Dieser Niedergang wird vom sogenannten **IS** und seinen Anhängern durch eine Propaganda-Kampagne begleitet, die das Anstiften von Einzelattentätern in westlichen Staaten und die Mobilisierung der eigenen Anhänger in den jihadistischen Kampfgebieten zum Ziel hat. Dass diese Propaganda zumindest punktuell Folgewirkungen hatte, zeigte sich an der Festnahme einer Person im Juni 2018 in Köln, die einen Anschlag mit dem biologischen Kampfstoff Rizin vorbereitet hatte. Im Dezember 2018 ereignete sich ein

Anschlag im Umfeld des Weihnachtsmarktes in Straßburg; der sogenannte **IS** versuchte diesen in seiner Propaganda für sich zu vereinnahmen.

Der extremistisch-salafistischen Szene in Deutschland ist mit dem territorialen Niedergang des sogenannten **IS** das wichtige Narrativ der erfolgreichen Gründung eines Kalifats abhandengekommen. Darüber hinaus sind durch vereinsrechtliche und strafrechtliche Maßnahmen vormals bedeutende Hauptakteure wie etwa Sven Lau aus der Öffentlichkeit verschwunden und haben in der Szene ein Vakuum hinterlassen. Eine Reorganisation der Szene vor allem über soziale Netzwerke ist aber zu erwarten.

Folgende Herausforderungen im Umgang mit dem gewaltorientierten Salafismus stellen sich aktuell für die Sicherheitsbehörden:

- ▶ Haftentlassene, die nach Verbüßung der Strafe zu einem großen Teil in die salafistische Szene zurückkehren,
- ▶ Rückkehrer aus Krisengebieten, vor allem Frauen und ihre Kinder,
- ▶ weitergehende Radikalisierungsprozesse in den bereits bestehenden extremistisch-salafistischen Szenen als Resonanzboden für Einzelattentäter sowie
- ▶ Radikalisierungspotenzial unter Flüchtlingen.

Neben den gewaltorientierten Protagonisten versuchen auch nicht-gewaltorientierte extremistische Netzwerke ihre Anhängerschaft zu binden. Als großes Netzwerk mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen mit gleichzeitiger bundesweiter Vernetzung ist vor allem der Verein

Ansaar International zu nennen.

Eine zweite große Herausforderung ist der legalistische Islamismus, darunter vor allem die Strukturen der **Muslimbruderschaft**. Diese agiert zwar gewaltfrei und im legalen Rahmen, verfolgt jedoch eine Agenda, die in Teilen zu zentralen Werten der Verfassung im Widerspruch steht. In Deutschland stellt die **Muslimbruderschaft** bisher keine Massenbewegung dar.

Die relativ kleine Anzahl ihrer Sympathisanten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese teilweise über erhebliche Einflussmöglichkeiten verfügen. Sie können meist eine akademische Ausbildung vorweisen, sind in gut bezahlten und verantwortungsvollen Berufen beschäftigt und sowohl in Deutschland als auch international gut vernetzt. Nach eigenem Verständnis vertritt die **Muslimbruderschaft** einen „Islam der Mitte“, der sich von den beiden Polen

des Jihadismus einerseits und eines liberalen, an vermeintlich westliche Wertvorstellungen angepassten Islam andererseits abgrenzt. Ihr Ziel ist eine islamistische Gesellschaft, in der auch politische Belange letztlich nach Maßgabe der Religion zu regeln sind. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Religionsverständnis der **Muslimbruderschaft** annähert.

In den letzten Jahren konnten hiesige Anhänger der **Muslimbruderschaft** die öffentliche Fokussierung auf den Jihadismus und den spektakulären Aufstieg und Niedergang des Islamischen Staates dazu nutzen, um sich als

vermeintlich unproblematische Alternative zu gewaltorientierten Islamisten darzustellen und als Ansprechpartner für staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Akteure anzubieten. Die **Muslimbruderschaft** könnte so zum Vertreter muslimischer Interessen in Staat und Gesellschaft avancieren, und ihr Religionsverständnis innerhalb der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland und Nordrhein-Westfalen und auch gegenüber staatlichen Vertretern zum Maßstab islamischen Lebens erheben.

Eine solche Entwicklung wäre für die Gesamtgesellschaft und unsere Demokratie nicht hinnehmbar. Eine islamistische ausländische Organisation würde mit ihrem politisierten Islamverständnis in Deutschland erheblichen Einfluss ausüben und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und inneren Frieden gefährden.

Scientology



Werbestand der Scientology Organisation in Berlin

Die Ziele der **Scientology Organisation (SO)** basieren auf den bis heute verbindlichen Lehren ihres Gründers **L. Ron Hubbard**, insbesondere auf seinem 1950 veröffentlichten Grundlagenwerk **Dianetik**. Die **SO** strebt eine scientologische Gesellschaft an, in der an die Stelle des Demokratieprinzips und der Grundrechte ein auf der bedingungslosen Unterordnung des Einzelnen beruhendes, totalitäres Herrschaftssystem unter scientologischer Führung tritt.

Die **SO** ist seit 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen. Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nicht-abberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen) auf. Letztere sind nach ihren Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken. Die Lehre der **SO** stellt eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Konsequenzen der Lehre sind Einschränkungen we-

sentlicher Grund- und Menschenrechte wie Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung, zudem wird eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen angestrebt. Zur Erreichung ihrer Ziele versucht die Organisation, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen.

Mit der Entscheidung des OVG Münster vom 12. Februar 2008 ist die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz festgestellt worden. Das Gericht bestätigte die Auffassung des Verfassungsschutzes, dass die Lehre der **Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)** und der **Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)** eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

Nach wie vor haben die Schriften des Gründers **L. Ron Hubbard** zur Schaffung einer Gesellschaft nach scientologischen Vorstellungen Gül-

tigkeit. Sie werden von der **SO** in Deutschland auch weiterhin vertrieben und vermittelt. Die Expansion ist eines der bedeutendsten Ziele der **SO**, zu dessen Erreichung sie versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Dabei agiert sie häufig verborgen unter dem Deckmantel einer ihrer zahlreichen Neben-/Tarnorganisationen oder Kampagnen, deren Zugehörigkeit zur **SO** auf den ersten Blick meist nicht erkennbar ist. Beispiele hierfür sind:

- ▶ **Der Weg zum Glücklichein**
(The Way To Happiness),
- ▶ **Jugend für Menschenrechte**
(Youth for Human Rights),
- ▶ **Foundation for a drugfree world**
(Kampagne gegen Drogenmissbrauch)

- ▶ **Sag NEIN zu Drogen, sag JA zum Leben**
(deutscher Ableger der Foundation for a drug-free world),
- ▶ **Narconon**
(Organisation zur Rehabilitation von Suchtkranken),
- ▶ **Criminon**
(Verein zur Resozialisierung von Strafgefangenen),
- ▶ **Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM)**,
auf internationaler Ebene: Citizens Commission On Human Rights (CCHR).

Hochwertig gestaltete Broschüren werden in Innenstädten und Fußgängerzonen verteilt, per Post versandt oder an gut zugänglichen Orten wie Beratungsbüros, Geschäften und Pra-

zen ausgelegt, um Kontakt zu potenziellen Neumitgliedern herzustellen. Oftmals geschieht dies mit Zustimmung der Verantwortlichen, weil diesen der Zusammenhang mit der **SO** nicht bewusst ist.

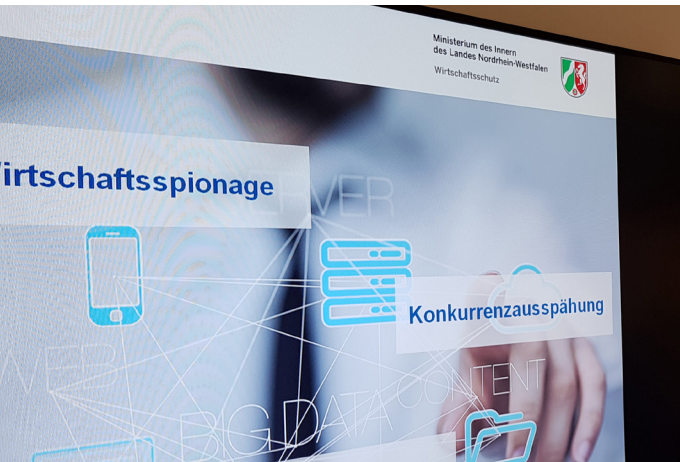
Im digitalen Raum sollen mit ansprechenden Websites, zahlreichen Social Media-Profilen und grundsätzlich positiv besetzten Themen wie dem Kampf gegen Drogen junge Menschen angesprochen werden. Sowohl im Internet als auch an Informationsständen werden zudem oft kostenlose Persönlichkeitstests mit dem Ziel angeboten, die Teilnehmer an anschließende (kostenpflichtige) Kurse zur Behebung von vermeintlichen Defiziten heranzuführen.

Weiterhin versucht die **SO**, ihre Einflussmöglichkeiten durch Unterwanderung der Wirtschaft zu vergrößern. Hierzu nutzt sie den eigenen Wirt-

schaftsverband **World Institute of Scientology Enterprises (WISE)** sowie eigene Organisations- und Managementstrategien. Durch geschicktes und verdecktes Marketing nähert sie sich Firmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen. Auf diese Weise soll sukzessive die Infiltration der Wirtschaft voranschreiten und der Einfluss der Organisation ausgebaut werden.

Der **SO** zugehörige Wirtschaftsunternehmen sind häufig dem Immobiliensektor oder der Beratungsbranche zuzurechnen. Bekannt sind aber auch Einrichtungen, die Dienstleistungen auf dem Nachhilfemarkt anbieten und damit gezielt den Kontakt zu jungen Menschen suchen. Diese geben meist an, Lerntechniken von **Applied Scholastics** anzuwenden. **Applied Scholastics** ist Teil der **Association for Better Living and Education (ABLE)**, einer Nebenorganisation der **SO**.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz



Messestand des Wirtschaftsschutzes Nordrhein-Westfalen

Ausländische Nachrichtendienste zeigen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen weiterhin großes Interesse an den Themenfeldern Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Einen hohen Stellenwert nimmt zudem die Ausspähung von in Deutschland lebenden Oppositionellen ein.

Im Jahr 2018 wurde erneut versucht, proliferationsrelevante Güter in Nordrhein-Westfalen zu erwerben. Vornehmlich handelt es sich um sogenannte Dual-Use-Produkte, die sowohl für zivile Zwecke als auch bei der Herstellung von Massenvernichtungswaffen verwendet werden können.

Für Unternehmen und Forschungseinrichtungen besteht eine große Gefahr, Opfer von Wirtschaftsspionage zu werden. Grund dafür ist dort vorhandenes technisch-wissenschaftliche

Know-How. Die immer weiter fortschreitende Digitalisierung in der Wirtschaft und die zunehmende Verzahnung industrieller Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik eröffnen der Wirtschaftsspionage dabei neue Wege. Neben wachsenden ökonomischen Chancen ergeben sich daher aus der fortschreitenden Digitalisierung vielfältige neue Ziele für Cyberangriffe auf deutsche Unternehmen.

Betroffen sind neben großen, börsennotierten DAX-Unternehmen vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Dies gilt insbesondere für Firmen, die in ihrer Branche auf dem Weltmarkt eine Vorreiterstellung innehaben. Ein Viertel dieser Unternehmen in Deutschland kommt aus Nordrhein-Westfalen.

Bei Wirtschaftszweigen, die der Bundesgesetzgeber 2017 als sogenannte Kritische Infrastruk-

turen (KRITIS) eingestuft hat, ist der Blick verstärkt auf die Gefahr von Sabotage zu richten.

Der Mensch ist weiterhin ein zentrales Angriffsziel für Spionageversuche und Angriffe. „Awareness“, also Achtsamkeit, zu schaffen, ist daher ein immer wichtigerer Bestandteil einer ganzheitlichen Sicherheitsstrategie. Diese muss Technik, Organisation und Personal einbeziehen.

Der Verfassungsschutz hat im Jahr 2018 seine Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit mit zahlreichen Vorträgen und Veranstaltungen bei Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Behörden sowie mit der Teilnahme an Messen, Kongressen und ähnlichen Veranstaltungen ausgeweitet.

Die seit 2001 bestehende nordrhein-westfälische „Sicherheitspartnerschaft gegen Wirt-

schaftsspionage und Wirtschaftskriminalität“ wird um wichtige Partner erweitert und ihre Arbeitsgrundlage novelliert. Mit einem neuen, innovativen „Lagebild Wirtschaftsschutz Nordrhein-Westfalen“ soll die Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit der Sicherheitspartner und damit auch des Wirtschaftsschutzes im Verfassungsschutz optimiert werden. Unternehmen werden die Möglichkeit haben, ihr Schutzniveau mit dem Wirtschaftsschutzindex abzugleichen und Handlungsbedarfe zu erkennen. Das Projekt der Sicherheitspartnerschaft NRW wird in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für den Mittelstand (FHM) durchgeführt.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme



Plakatmotiv des Aussteigerprogramms Spurwechsel

Mit seiner Präventionsarbeit wirkt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Extremismus jedweder Couleur entgegen und hat in 2018 seine Aktivitäten nochmals intensiviert. Die Angebote in der Prävention wurden stark nachgefragt und deshalb erweitert. Dabei wird die Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren immer wichtiger. Daher hat der Verfassungsschutz die Vernetzung seiner Präventionsarbeit mit anderen Beteiligten in den Sicherheitsbehörden sowie mit Fachkräften in den betroffenen Ressorts der Landesregierung, in der Zivilgesellschaft und Wissenschaft aufgebaut, erweitert und intensiviert.

Die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes ebenso wie das Präventionsprogramm Wegweiser sind im Laufe des Jahres kontinuierlich ausgeweitet und zahlreiche Arbeitsfelder personell verstärkt worden.

Die Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ (Rechtsextremismus) und „API“ (Islamismus) konnten so insbesondere ihre fachliche Expertise erweitern und die Vernetzung mit Polizei und Justiz noch weiter verstärken. Durch den Start des Aussteigerprogramms Linksextremismus „left“ bietet das Land Nordrhein-Westfalen nun für alle Bereiche des Extremismus Hilfe beim Ausstieg an.

Das Präventionsprogramm „Wegweiser“ erfuhr aufgrund seiner konstant hohen Nachfrage nicht nur eine regionale Erweiterung und eine Verstetigung durch längere Vertragslaufzeiten – auch die Vernetzung der Wegweiser-Beratungsstellen insbesondere im kommunalen Bereich konnte weiter ausgebaut werden. Zudem wird das erfolgreiche Programm durch eine internetgestützte Beratungskomponente – „Wegweiser Online“ – erweitert und so das bestehende Bera-

tungsangebot in der analogen Welt um eine digitale Komponente erweitert.

Das seit 2014 laufende Fortbildungsprojekt VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen) wurde 2018 fortgeführt und das Netzwerk der ausgebildeten VIR-Trainerinnen und -Trainer weiter gestärkt. Rückmeldungen aus Fachkreisen bestätigen, dass das Projekt wichtige Akzente setzt.

Der Verfassungsschutz ist sich seiner Verantwortung zur gesellschaftlichen Verankerung der Präventionsaktivitäten bewusst. So sind nicht nur die genannten Programme durch das Ziel geprägt, Akteure in Staat, Gesellschaft und Wissenschaft auf breiter Basis einzubinden. Auch das Prinzip, Extremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu begrei-

fen, zieht sich als ein roter Faden durch die Maßnahmen des Verfassungsschutzes: bei Sensibilisierungsveranstaltungen, bei der Beratung von Kommunen, bei konkreten Angeboten für Schule und Jugendarbeit oder bei der Ausrichtung von oder der Beteiligung an Fachtagungen oder interministeriellen Arbeitsgruppen.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

